

GÜNTER BENSER

Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie

Zu diesem Thema fand vom 16. bis 18. April 1999 in Kassel eine Tagung statt, an der sich zahlreiche Theoretiker und Praktiker aus dem linken Spektrum beteiligten. Wie sehr das Nachdenken über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Sozialdemokratie mit dem aktuellen Geschehen verbunden war und ist, zeigte sich bereits am Eröffnungstag; denn kaum ein Redner oder eine Rednerin verzichtete darauf, die ablehnende Haltung gegenüber den von der rot-grünen Regierungskoalition mitzuverantwortenden völkerrechtswidrigen NATO-Bomben-Krieg gegen Jugoslawien kundzutun. Manche warfen sogar die Frage auf, ob dies überhaupt die Zeit sei, sich historisch-theoretisch mit der Sozialdemokratie zurückliegender Jahrzehnte zu befassen, statt den Krieg, seine Ursachen, sein Wesen und seine Folgen zu behandeln. Die aktuelle soziale Dimension trug am Abschlußtag eine Delegation der Beschäftigten der Kasseler Binding Brauerei in den Konferenzsaal. Sie protestierte gegen die Schließung ihrer Arbeitsstätte und rief zur Unterstützung ihres eigenen durchdachten Konzeptes zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze auf. Gleichwohl waren die Veranstalter gut beraten, wenn sie solche aktuelle Geschehnisse aufgriffen, ohne das Tagungskonzept preiszugeben.

Dieses Konzept sah vor, durch Vorträge und Diskussionen – sowohl im Plenum als auch in Arbeitskreisen – wesentliche Entwicklungslinien überwiegend der deutschen Sozialdemokratie auszuschreiten und deren Resultate zu analysieren. Dies mündete in eine abschließende Podiumsdiskussion zur Problematik der Wirtschaftsdemokratie ein. Daß vor allem kritische Akzente gesetzt und die Entfernung der Sozialdemokratie von ihren Ausgangspositionen nicht lediglich als Folge äußerer Umstände hingenommen wurde, kann angesichts der Einberufer dieser Tagung und der wissenschaftlich-politischen Standorte der Mehrzahl der Referenten nicht überraschen. Doch widerfuhr der Sozialdemokratie insofern Gerechtigkeit, als viele Redner die objektiven und subjektiven Voraussetzungen, die internationalen und nationalen Bedingungen ihres Wirkens und ihres Wandels in Rechnung stellten. Dies im einzelnen vorzutragen, überfordert einen Tagungsbericht. Statt dessen sei auf das in Arbeit befindliche Protokoll verwiesen, in dem jeder Interessierte neben Bekanntem gewiß viel Neues und bedenkenswerte Erklärungsversuche und Wertungen finden wird.

Eingeleitet wurde die Debatte durch einen Vortrag von Arno Klönne, der die soziale Struktur und die gesellschaftliche Funktion

Günter Benser – Jg. 1931,
Historiker, Berlin.
Mitglied der Historischen
Kommission der PDS.

der SPD im historischen Überblick und im Spannungsfeld »Arbeiterpartei – Volkspartei – Partei der Mitte« analysierte. Er bestätigte der SPD erhebliche Verdienst um die Demokratie und um den Sozialstaat, konstatierte indes einen Vorgang der Erosion, der vor allem zwei konstitutive Merkmale der Sozialdemokratie betrifft – die Bindung an soziale Interessen der Arbeiterbevölkerung und die sozialstaatliche Orientierung.

Andere Redner untersetzten diese Bestandsaufnahme mit Beiträgen zu einzelnen Perioden der Geschichte der Sozialdemokratie. Rolf Schwendter konfrontierte das Verständnis von der Arbeiterpartei SPD mit der sozialen Realität in der Partei und in ihrem Umfeld und ging dabei auf wiederholte Abspaltungen von der Mutterpartei ein. Til Schelz-Brandenburg, der für die verhinderte Annelies Laschitzka eingesprungen war, lenkte den Blick auf die Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg und wertete deren »Hilflosigkeit« gegenüber dem Krieg als Widerspiegelung ihrer tatsächlichen Verfassung. Michael Buckmiller thematisierte die ambivalente Rolle der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, deren Schwäche nicht zuletzt darin bestand, das sie rückhaltlos nur von den Sozialdemokraten befürwortet wurde. Da die Konstituierung dieser Republik im Bündnis mit den Militärs gegen den linken Flügel der Arbeiterbewegung erfolgte, beruhte die erste deutsche bürgerliche Demokratie Zeit ihrer Existenz auf der gespaltenen Arbeiterbewegung.

Wolfgang Wippermann stellte dem ursprünglichen antifaschistischen Abwehrkonzept der SPD das Prager Manifest von 1934 als eine neue Qualität gegenüber, weil es zu der Einsicht gelangte, daß im Kampf gegen den Faschismus für Reformismus und Legalität kein Platz mehr sei. Dieses Manifest ist jedoch folgenlos geblieben, denn die SPD kehrte zur reformistischen Politik zurück; ihr antifaschistisches Bekenntnis war von Anfang an konterkariert und schließlich dominiert vom sozialdemokratischen Antitotalitarismus. Horst Peter, der die im Programm ausgewiesene Susi Möbbeck vertrat, leitete über zur jüngeren Vergangenheit, zur SPD unter Willy Brandt, zu den sechzehn Oppositionsjahren und zur rot-grünen Regierung, die er mehr als einen Betriebsunfall charakterisierte, weil eigentlich eine Große Koalition herauskommen sollte. Die heutige SPD sah er auf der Suche nach einem dritten Weg zwischen Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus.

Die anschließend tagenden sieben Arbeitskreise befaßten sich mit sozialdemokratischen Welt- und Gesellschaftsbildern; mit SPD und Gewerkschaften, SPD und Kapital; mit SPD und Sozialstaat, SPD und Obrigkeitsstaat; mit SPD und Nationalismus/Militarismus/Imperialismus; mit SPD und Kommunismus; mit SPD und ihre Jugend, SPD und Bildung; mit SPD und ihre Geschichtsschreibung. Der Ertrag dieser Debatten läßt sich von einem einzelnen Berichterstatter nicht überschauen; er wird sich erst bei Veröffentlichung des Protokolls offenbaren. Zumindest aus dem Arbeitskreis SPD und Kommunismus läßt sich mitteilen, daß es recht lebhaft zugeht. Die Problematik wurde mit unterschiedlichen Sichten angegangen, von der Warte der Sozialdemokratie, von der <berlieferung der SED her und auch unter Hervorhebung jener

Standpunkte, die von Sozialisten eingenommen wurden, die sowohl zur SPD als auch zur KPD/SED in Opposition standen.

Das abschließende Podiumsgespräch sollte sich der Frage zuwenden: »Auf sozialdemokratischem Wege zur Wirtschaftsdemokratie?« Der Moderator Rainer Butenschön orientierte die Debatte und vermittelte die Beiträge von Marcel Schaller, der die verhinderte JUSO-Vorsitzende Andrea Nahles vertrat, Horst Schmitthenner, Joachim Bischoff und Andreas Wehr. Mit dieser Abschlußveranstaltung standen die Einberufer der Tagung zunächst in der Pflicht, dem aufgeschobenen Meinungsaustausch über den sogenannten Kosovo-Krieg Raum zu geben. Sowohl die Redner des Podiums als auch die Diskussionsteilnehmer stellten nicht nur die humanitäre Mission der NATO in Frage, sondern warnten eindringlich vor den Gefahren neuer Varianten der USA-dominierten Globalstrategie, mit Selbstmandatierung unter Brückierung der UNO und Rußlands, deren gefährliche Konsequenzen wir noch zu spüren bekommen werden. Aber auch die Ausführungen zum ausgedruckten Thema zielten nicht ins Zentrum des Diskussionsgegenstandes »Wirtschaftsdemokratie«. Natürlich ergaben sich Berührungspunkte, wenn von der Schröder-Regierung und ihren politischen Trends, von der nach dem Abtreten Lafontaines entstandenen Lücke, von Globalisierung der Wirtschaft und von der Europäischen Union, von Steuerpolitik und vom »Bündnis für Arbeit« die Rede war. Was aber könnte heute Wirtschaftsdemokratie sein und auf welchen Wegen ließe sie sich erreichen? Diese Frage blieb nicht nur unbeantwortet, sie wurde so prononciert gar nicht gestellt.

So werden alle auf dieser Tagung angeschnittenen Themen der fortwährenden Debatte bedürfen, wobei internationale Entwicklungen stärker einzubeziehen und stärker Vergleiche zu anderen sozialdemokratischen Parteien anzustellen wären. Den Veranstalter – und hier verdient wohl vor allem Eckart Spoo genannt zu werden – gebührt dafür Dank, daß in die notwendige und gewiß anhaltende Diskussion viele wertvolle Anregungen eingespeist worden sind.